



# Gesellschaftsformen

## Gründung einer Gesellschaft zwecks Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit

*Mitgliedern steht die Möglichkeit offen, mit anderen Kolleginnen und Kollegen zwecks Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit eine Gesellschaft zu gründen. Vornehmlich kommen hierfür die nachstehend aufgeführten Gesellschaftsformen in Betracht:*

### 1. Gesellschaft bürgerlichen Rechts

Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR), die auch als BGB-Gesellschaft, Sozietät oder Gemeinschaft bezeichnet wird, ist in §§ 705 ff BGB (Bürgerliches Gesetzbuch) geregelt. Die GbR bedarf weder einer gerichtlichen Registrierung, noch der Anmeldung bei der AKNW.

Eine GbR entsteht z. B. bereits dann, wenn sich zwei Personen zum Zwecke des gemeinschaftlichen Betriebs eines Büros zusammenschließen. Grundlage ist der **Gesellschaftervertrag**, der auch mündlich geschlossen werden kann. Zur Vermeidung von Streitigkeiten empfiehlt es sich jedoch dringend, einen schriftlichen Vertrag abzufassen und sich hinsichtlich der Gestaltungsmöglichkeiten eines solchen Vertrages von einem Rechtsanwalt beraten zu lassen. Eine Orientierungshilfe zur Erarbeitung von GbR-Verträgen stellt die AKNW ihren Mitgliedern auf Anforderung gerne zur Verfügung.

Die GbR ist nach dem Urteil des Bundesgerichtshofs vom 29.01.2001 (AZ: II ZR 331/00) **rechtsfähig**, soweit sie als Teilnehmer am Rechtsverkehr eigene (vertragliche) Rechte und Pflichten begründet. Aus den mit der Gesellschaft geschlossenen Verträgen werden daher nicht allein die Gesellschafter berechtigt und verpflichtet, sondern auch die Gesellschaft als solche. Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts kann klagen und verklagt werden, sie kann Rechte erwerben und veräußern.

Zur Verwirklichung des Zwecks der Gesellschaft wird ein gemeinschaftliches Vermögen der Gesellschafter gebildet. Dieses **Vermögen** stellt ein vom übrigen Vermögen (dem Privatvermögen) der Gesellschafter getrenntes Sondervermögen dar und steht den Gesellschaftern zur gesamten Hand zu (sog. Gesamthandsvermögen). Dies hat zur Folge, dass alle Gesellschafter zusammen Eigentümer des Gesellschaftsvermögens sind und i. d. R. auch nur gemeinsam über das Vermögen verfügen können. Eine abweichende Regelung hierüber kann im Gesellschaftsvertrag vereinbart werden.

Das BGB geht bei der GbR vom Grundsatz der **Gesamtgeschäftsführung** und -vertretung aus. D. h., alle Gesellschafter müssen sämtliche Verträge gemeinschaftlich abschließen. Diese kaum praxisgerechte Regelung kann jedoch im Gesellschaftsvertrag



abgeändert werden. Beispielsweise kann hierin eine Regelung aufgenommen werden, für welche Rechtsgeschäfte jeder einzelne Gesellschafter handeln darf und für welche Rechtsgeschäfte die Zustimmung sämtlicher Gesellschafter erforderlich ist.

Für Verbindlichkeiten der GbR haften die Gesellschafter als Gesamtschuldner. Dies bedeutet, dass jeder Gesellschafter in voller Höhe für die Schulden der Gesellschaft und damit konkret z. B. auch für die Fehler jedes Mitgesellschafters haftet. Das größte Manko der GbR liegt daher in der vollumfänglichen Haftung aller Gesellschafter – auch mit deren Privatvermögen. Diese Haftungsfolge wird häufig nicht bedacht und stellt einen nicht zu vernachlässigenden Nachteil dieser Gesellschaftsform dar.

Wegen des engen persönlichen Zusammenschlusses der Gesellschafter hat das **Ausscheiden eines Gesellschafters** oder der Tod eines Gesellschafters die Auflösung der Gesellschaft zur Folge, es sei denn, der Gesellschaftervertrag trifft hierüber eine anderslautende Regelung.

Die Gewinnermittlung der GbR kann in der Regel durch eine vereinfachte Einnahmen- und Ausgabenrechnung erfolgen. Eine Pflicht zur kaufmännischen Buchführung und einer Prüfungs- und Offenlegungspflicht besteht grundsätzlich nicht. Die **Gewinnverteilung** unter den Gesellschaftern erfolgt nach § 722 BGB nach gleichen Anteilen, unabhängig davon, in welchem Umfang die Gesellschafter an der Gesellschaft beteiligt sind. Von dieser Regelung kann im Gesellschaftsvertrag abgewichen werden. Die Einnahmen der Gesellschafter stellen Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit dar und unterliegen der Einkommensteuer. Gewerbesteuer fällt bei der GbR nicht an, sofern allein freiberufliche Leistungen erbracht werden.

Anzumerken bleibt, dass sich Mitglieder der Architektenkammer grundsätzlich auch mit Berufsfremden zu einer GbR zusammenschließen können. In diesem Falle ist jedoch eine Firmierung z. B. unter der **Bezeichnung „Architekturbüro“** unzulässig, da die Berufsbezeichnung „Architekt“ bzw. „Architektin“ sowie Wortverbindungen mit diesen Berufsbezeichnungen geschützt sind. Eine Gesellschaft darf daher nur dann unter der Bezeichnung „Architekturbüro“ firmieren, wenn sämtliche Gesellschafter zur Führung der Berufsbezeichnung „Architekt“ bzw. „Architektin“ berechtigt sind, mithin in die bei der Kammer geführte Architektenliste eingetragen sind.

Die **Bürogemeinschaft** ist ebenfalls eine GbR. Hierbei schließen sich mehrere Freiberufler zusammen, um aus Kostengründen gemeinsam z. B. Büroräume anzumieten, Arbeitsverträge abzuschließen oder um gemeinschaftlich eine Büroausstattung zu erwerben. Nur im Bereich dieser Vertragsverhältnisse wird die Bürogemeinschaft als Gesellschaft tätig und es besteht somit grundsätzlich nur dort die Gefahr einer gesamtschuldnerischen Haftung.

Ansonsten tritt jedes Mitglied der Bürogemeinschaft nach außen hin als Ein-Mann-Büro auf, also insbesondere beim Abschluss von Architektenverträgen. Eine gesamtschuldnerische Haftung kommt in diesem Bereich somit kaum in Betracht. Eine Gefahr birgt



in diesem Zusammenhang jedoch gegebenenfalls die Verwendung eines gemeinsamen Briefbogens. Im Rahmen der beruflichen Tätigkeit sollte unbedingt darauf geachtet werden, auch nur den geringsten Anschein einer gesamtschuldnerisch haftenden Gesellschaft zu vermeiden.

## **2. Partnerschaftsgesellschaft**

Für Kammermitglieder besteht auch die Möglichkeit, eine Partnerschaftsgesellschaft im Sinne des Partnerschaftsgesellschaftsgesetzes mit anderen Freiberuflern zu gründen. Die Partnerschaftsgesellschaft ist ausschließlich Freiberuflern vorbehalten und verfolgt den Zweck, den speziellen Interessen dieser Berufsgruppe Rechnung zu tragen. Seit Ende 2014 können Mitglieder der AKNW und auch Beratende Ingenieure zudem eine **Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung** gründen. Details zu dieser Rechtsformvariante finden Sie in unserem separaten [Praxishinweis zur PartmbB \(PH 49\)](#).

Die Partnerschaftsgesellschaft ist **rechtsfähig** und kann in ihrem Namen Rechte erwerben. Zur Gründung dieser Gesellschaftsform ist die Eintragung in das Partnerschaftsregister erforderlich. Dieses Register wird in Nordrhein-Westfalen zentral beim Amtsgericht Essen, Zweigertstr. 52 in 45130 Essen (Tel.: 0201/8030) geführt. Informationen zur Eintragung finden Sie auch im Internet unter der Adresse [www.ag-essen.nrw.de](http://www.ag-essen.nrw.de) unter der Rubrik „Service“, Rubrik „Formulare/Merkblätter/Anträge“.

Veränderungen wie z. B. ein späterer Ein- oder Austritt eines Partners, eine Sitzverlegung oder eine Änderung des Namens zur Eintragung ins Partnerschaftsregister müssen angemeldet werden.

Eine anfängliche **Kapitaleinlage** ist bei der Partnerschaftsgesellschaft nicht erforderlich. Die Anmeldung muss in öffentlich beglaubigter Form durch alle Partner eingereicht werden.

Der **Name der Partnerschaft** muss den Namen mindestens eines Partners, den Zusatz „und Partner“ (bzw. +/& Partner) oder „Partnerschaft“ sowie die Berufsbezeichnungen aller in der Partnerschaft vertretenen Berufe enthalten. Andere Gesellschaften dürfen den Zusatz „Partner“ oder „Partnerschaft“ nur in ganz beschränkten Ausnahmefällen (Besitzstand) führen.

An dem Gesellschaftsvermögen besteht – wie bei der GbR – **Gesamthandsvermögen**.

Die **Haftung** für Schadensersatzansprüche ist gesetzlich stets beschränkt auf das Vermögen der Partnerschaft und den oder die mit dem Auftrag tatsächlich befassten Partner. „Befasst“ bedeutet in diesem Zusammenhang, dass der Partner den Auftrag selbst bearbeitet oder seine Bearbeitung überwacht hat oder dies nach der internen Zuständigkeitsverteilung hätte tun müssen. Haben mehrere Partner die Sache bearbeitet, so haften sie gesamtschuldnerisch. Dabei sind Bearbeitungsbeiträge von untergeordneter Bedeutung ausgenommen. Die Darlegungs- und Beweislast, dass die Haftung be-



schränkt ist und wer mit dem Fall tatsächlich befasst war, obliegt der Partnerschaft.

Das Partnerschaftsgesellschaftsgesetz räumt in Verbindung mit dem Baukammergesetz NRW ferner die Möglichkeit ein, die Haftung der Gesellschaft im Vertrag oder in Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Höhe nach zu beschränken. Eine solche Haftungsbeschränkung aus Schäden wegen fehlerhafter Berufsausübung ist auf den vierfachen Betrag der Mindestversicherungssumme für Sach- und Vermögensschäden und auf den einfachen Betrag der Mindestversicherungssumme für Personenschäden möglich (§ 10 BauKaG). Die Mindestversicherungssumme für Sach- und Vermögensschäden beträgt derzeit 250.000,- €, diejenige für Personenschäden 1,5 Mio. €. Juristisch umstritten ist allerdings, ob tatsächlich für Personenschäden eine derartige Haftungsbeschränkung in Allgemeinen Geschäftsbedingungen wirksam ist.

Eine deutlich weiterreichende Möglichkeit zur Haftungsbeschränkung bietet die eingangs erwähnte Variante der Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung (siehe hierzu im Einzelnen PH 49), die allerdings auch besondere Anforderungen mit Blick auf den Haftpflicht-versicherungsschutz erfüllen muss.

Die Berufsbezeichnung „Architekt“, „Innenarchitekt“, „Landschaftsarchitekt“ oder „Stadtplaner“ darf im Namen einer Partnerschaftsgesellschaft geführt werden, wenn die Gesellschaft in das bei der Architektenkammer geführte **Gesellschaftsverzeichnis** eingetragen ist. Die Voraussetzungen hierfür sind in § 8 ff. Baukammergesetz Nordrhein-Westfalen geregelt. Es empfiehlt sich, den Entwurf des Gesellschaftsvertrages vor der notariellen Anmeldung der Partnerschaftsgesellschaft beim Registergericht zunächst informell mit der Rechtsabteilung der AKNW abzustimmen, um sicherzustellen, dass die berufsrechtlichen Voraussetzungen für eine Eintragung der PartG in das Gesellschaftsverzeichnis der Kammer erfüllt sind.

Die **steuerlichen Regelungen** für die Partnerschaftsgesellschaft ähneln denjenigen der GbR.

### **3. Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)**

Die GmbH ist eine rechtsfähige, durch Organe handelnde Gesellschaft, bei der grundsätzlich nur das Vermögen der Gesellschaft haftet. Die Gesellschafter sind durch einen Gesellschafteranteil, der als Stammeinlage bezeichnet wird, am Vermögen beteiligt, übernehmen aber durch die Beteiligung grundsätzlich keine persönliche Haftung gegenüber den Gläubigern der Gesellschaft. Nur in besonderen Ausnahmefällen ist eine sog. Durchgriffshaftung auf das Privatvermögen der Gesellschafter möglich. Das ist beispielsweise dann der Fall, wenn die Gesellschafter ihre Stammeinlage noch nicht voll eingezahlt haben oder wenn durch eine nicht ordnungsgemäße Buchführung eine Abgrenzung des Vermögens der GmbH zum Privatvermögen der Gesellschafter nicht mehr möglich ist.

Es bestehen für Mitglieder der Architektenkammer NRW keine berufsrechtlichen Bedenken, eine GmbH zu gründen. Nicht zu verwechseln ist hiermit die GmbH & Co. KG, die



aus rechtlichen Gründen als Gesellschaftsform für Freiberufler nicht geeignet ist (vgl. Aufsatz im DAB, Heft 08/2015).

Die Berufsbezeichnung „Architekt“, „Innenarchitekt“, „Landschaftsarchitekt“ oder „Stadtplaner“ darf im Namen der GmbH nur dann geführt werden, wenn die Gesellschaft in das von der Architektenkammer geführte **Gesellschaftsverzeichnis** eingetragen ist. Hierfür müssen die nachstehenden Voraussetzungen erfüllt sein, die sich aus § 8 Abs. 2 BauKaG ergeben:

Die Gesellschaft muss ihren Sitz im Land Nordrhein-Westfalen haben, das Bestehen einer ausreichenden Haftpflichtversicherung nachweisen und der Gesellschaftsvertrag muss regeln, dass:

1. Gegenstand des Unternehmens die Wahrnehmung der Berufsaufgaben der Architekten, Innenarchitekten, Landschaftsarchitekten oder Stadtplaner ist,
2. die Architekten, Innenarchitekten, Landschaftsarchitekten und Stadtplaner mindestens die Hälfte des Kapitals und der Stimmanteile innehaben und die
3. weiteren Anteile von natürlichen Personen gehalten werden, die einen freien Beruf ausüben und aufgrund ihrer Berufsausbildung zum Erreichen des Unternehmenszwecks beitragen können; in der Firma ist in dabei geeigneter Weise kenntlich zu machen, welchem Beruf oder welcher Fachrichtung die Gesellschafter angehören,
4. die zur Geschäftsführung befugten Personen mindestens zur Hälfte Architekten, Innenarchitekten, Landschaftsarchitekten oder Stadtplaner sind,
5. Kapitalanteile nicht für Rechnung Dritter gehalten und Stimmrechte nicht für Dritte oder von Dritten ausgeübt werden dürfen,
6. die Übertragung von Kapital- und Geschäftsanteilen an die Zustimmung aller Gesellschafter gebunden ist und
7. die für die Mitglieder der Architektenkammer geltenden Berufspflichten von der Gesellschaft beachtet werden.

Andere oder weitergehende als die in Nummer 1 genannten Zwecke darf die Gesellschaft nicht verfolgen.

Die „Architekten-GmbH“ hat zur Deckung der sich aus ihrer Tätigkeit ergebenden Haftpflichtgefahren eine ausreichende Berufshaftpflichtversicherung abzuschließen und für die Dauer ihrer Eintragung in das Verzeichnis und darüber hinaus mindestens eine 5-jährige Nachhaftung aufrecht zu erhalten. Nochmals hingewiesen sei darauf, dass die vorgenannten Regelungen dann nicht gelten, wenn die GmbH in ihrem Firmennamen die Berufsbezeichnung „Architekt“, „Stadtplaner“ oder ähnliche Bezeichnungen nicht verwendet.

Die GmbH entsteht als juristische Person mit ihrer Eintragung in das Handelsregister. Grundlage ist der Gesellschaftervertrag, der der notariellen Form bedarf. Bereits in diesem, spätestens aber nach Eintragung in das Handelsregister ist ein Geschäftsführer zu berufen. Der Gesellschaftervertrag muss die Firma und den Sitz der Gesellschaft



enthalten. Des Weiteren müssen der Unternehmensgegenstand sowie die Höhe des Stammkapitals angegeben werden. Das Stammkapital muss mindestens 25.000 € betragen. Das Stammkapital kann unter Umständen auch durch Sachwerte erbracht werden.

Nachteile der GmbH sind die Bilanzierungspflicht und die Gewerbesteuerpflicht. Die Bilanzierungspflicht lässt einen nicht unerheblichen Verwaltungsaufwand entstehen. Ferner erfordert die Führung der GmbH die Einrichtung eines kaufmännisch orientierten Geschäftsbetriebes.

Die GmbH unterliegt der Körperschaftsteuer. Auch ist sie gewerbesteuerpflichtig. Gewinnausschüttungen unterfallen der Abgeltungssteuer. Sofern Gesellschafter als Geschäftsführer oder sonstige Angestellte tätig sind, gelten ihre Gehälter als Einnahmen aus nicht selbstständiger Arbeit und unterfallen damit der Lohnsteuer.

Abschließend bleibt darauf hinzuweisen, dass insbesondere bei der Gründung einer GmbH eine anwaltliche und steuerliche Beratung dringend anzuraten ist, Musterverträge oder Orientierungshilfen zur Vertragsgestaltung erweisen sich hier wegen der sehr individuellen Anforderungen als nicht hilfreich und werden daher von der AKNW auch nicht vorgehalten. Im Übrigen empfiehlt es sich, den Entwurf des individuell erarbeiteten Gesellschaftsvertrages vor der notariellen Beurkundung informell mit der Rechtsabteilung der AKNW abzustimmen, sofern die GmbH die geschützte Berufsbezeichnung im Namen tragen soll; so kann am besten sichergestellt werden, dass auch die Voraussetzungen für die Eintragung der GmbH in das Gesellschaftsverzeichnis der Kammer erfüllt sind.

#### **4. Die Unternehmergesellschaft (UG) (haftungsbeschränkt)**

Um dem in der Vergangenheit zu beobachtenden Trend zur Gründung ausländischer Kapitalgesellschaften (Limited u. ä.) zu begegnen, hat der deutsche Gesetzgeber 2008 die Unternehmergesellschaft als Alternative zur GmbH bzw. als deren „kleine Schwester“ eingeführt. Ähnlich wie bei der GmbH beschränkt sich die Haftung der UG grundsätzlich allein auf das Gesellschaftsvermögen, nicht auch auf das Privatvermögen der hinter der Gesellschaft stehenden Personen.

Merkmale der UG sind, dass eine Gründung kostengünstig, schnell, unbürokratisch und seriös möglich sein soll. Die Anzahl der Gesellschafter ist (zunächst) auf maximal drei Personen beschränkt. Das Stammkapital muss mindestens 1 € betragen. Eine Rücklagenbildung hat in Höhe von 25 % vom Gewinn bis zum Erreichen des Stammkapitals einer „normalen GmbH“ i.H. v. 25.000 € zu erfolgen. Die Rücklage kann dann in Stammkapital umgewandelt werden und die Mini-GmbH erhält den Status einer „normalen“ GmbH. Abgesehen von diesen Abweichungen ist die UG genauso zu behandeln wie eine GmbH.

Die UG ist vom Gesetzgeber daher in erster Linie als „Einstieg“ für Existenzgründer gedacht. So soll eine spätere Umfirmierung auf eine GmbH erleichtert möglich sein. Al-



lerdings begegnen gerade Auftraggeber Unternehmen in Form der UG mit einer gewissen Skepsis; auch dies mag erklären, warum diese Rechtsform von Kammermitgliedern bislang nur äußerst selten gewählt wird.

### **5. Die Aktiengesellschaft (AG)**

Mit der Aktiengesetzesnovelle 1994 wurden Möglichkeiten geschaffen, eine sog. „kleine AG“ als Alternative zur Gründung einer GmbH auch für mittelständische und kleine Unternehmen zu gründen. Auch hierbei handelt es sich wie bei der GmbH um eine juristische Person in Form einer Kapitalgesellschaft. Die einzelnen Aktionäre haften nur in Höhe der von ihnen gezeichneten Einlage. Erforderlich ist ein Grundkapital von 50.000 €. Neben dem Vorstand muss ein Aufsichtsrat bestehend aus mindestens drei Personen benannt werden.

Beabsichtigt eine AG in ihrem Firmennamen eine der durch das Baukammergesetz gesetzlich geschützten Berufsbezeichnungen zu führen, so muss diese ebenso wie die GmbH in das Gesellschaftsverzeichnis der AKNW eingetragen werden. Die Voraussetzungen dafür ergeben sich auch hier aus § 8 Abs. 2 BauKaG NRW.

Die Gründung einer AG, die einen vergleichsweise hohen Organisationsaufwand mit sich bringt, sollte in jedem Fall anwaltlich begleitet werden. Die Satzung bzw. der Gesellschaftsvertrag der AG sollte vor der notariellen Beurkundung informell mit der Rechtsabteilung der AKNW abgestimmt werden, um sicherzustellen, dass alle berufsrechtlichen Vorgaben beachtet sind.

### **6. Zeitlich befristete Kooperationsformen**

Viele Bauherren wünschen sich einen einzigen Vertragspartner, um sämtliche Planungsleistungen abzudecken. Aus diesem Grund schließen sich häufig verschiedene Architektur- und Planungsbüros zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen.

Die Arbeitsgemeinschaft ist ein zeitlich begrenzter, projektbezogener Zusammenschluss von mindestens zwei Planern, die ihre Leistungen gemeinschaftlich als ARGE erbringen.

Die ARGE ist, sofern keine andere Regelung getroffen wird, eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts. Es ist jedoch auch möglich, andere Rechtsformen als ARGE in Erwägung zu ziehen, wie eine ARGE-GmbH. Hier ist im Einzelfall zu erwägen, ob die im Zusammenhang mit der Gründung der GmbH erforderlichen – zeitlichen und finanziellen – Aufwendungen für eine projektbezogene Zusammenarbeit wirtschaftlich sinnvoll sind.

Der Zusammenschluss bedarf, wie bereits oben bei der GbR ausgeführt, nicht unbedingt eines schriftlichen Vertrags. Ein solcher ist jedoch aus Klarstellungs- und Beweisgründen dringend zu empfehlen; Orientierungshilfen zur Erstellung von ARGE-Verträgen erhalten Mitglieder auf Anforderung gerne bei der AKNW. Inhalte eines Vertrags können sein:



- die Bezeichnung der einzelnen ARGE-Gesellschafter
- der Zweck der ARGE  
*Zweck der ARGE ist in der Regel der Zusammenschluss, um gemeinschaftlich sämtliche Architekten- und Ingenieurleistungen an einem Bauvorhaben zu erbringen.*
- die Verteilung der einzelnen Leistungen auf die jeweiligen Gesellschafter  
*Es sollte geregelt werden, welche Leistungen welcher Gesellschafter zu erbringen hat.*
- die Verteilung des Honorars zwischen den Gesellschaftern
- die Vertretung der ARGE im Außenverhältnis
- die Verteilung der Haftung im Innenverhältnis  
*Wie oben bereits ausgeführt, besteht im Rahmen der GbR eine gesamtschuldnerische Haftung. Im Falle eines Mangels kann sich der geschädigte Bauherr an einen beliebigen Gesellschafter der ARGE wenden und von diesem den Ersatz des gesamten entstandenen Schadens fordern. Ein Ausgleich des in Anspruch genommenen Gesellschafters kann allenfalls im Innenverhältnis gegenüber dem eigentlichen Verursacher des Schadens erfolgen.*
- Regelungen zum Urlaub
- Regelungen zum Urheberrecht
- Regelungen zur Berufshaftpflichtversicherung  
*Hier gibt es die Möglichkeit, dass jeder Gesellschafter eine eigene Berufshaftpflichtversicherung unterhält oder eine gesonderte Haftpflichtversicherung der ARGE abgeschlossen wird. Im erstgenannten Fall ist sicherzustellen, dass die eigene Haftpflichtversicherung die betreffenden Leistungen im Rahmen der ARGE deckt.*

Weitere Informationen gibt Ihnen gerne die

**Architektenkammer Nordrhein-Westfalen**

Zollhof 1  
40221 Düsseldorf  
Tel: (0211) 49 67 - 0  
Fax: (0211) 49 67 - 99  
E-Mail: [info@aknw.de](mailto:info@aknw.de)  
Internet: [www.aknw.de](http://www.aknw.de)